

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg
Plenarsitzung vom 25.01.2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Flüchtlingsdebatte

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen,

Flüchtlinge sind Schutzbedürftige und – nach internationalem Recht – auch Schutzberechtigte. Doch auch dort gibt es Unterschiede: Weltweit unterstützt die UNO mit ihrem Flüchtlingshilfswerk Kriegsopfer, die ihr Heimatland verließen. Binnenvertriebene sind schwieriger zu betreuen. Umwelt- und Wirtschaftsflüchtlingen fehlt oft jeder Schutz, weil dieser Status rechtlich nicht anerkannt ist, so ein Artikel im Atlas der Globalisierung von 2009.

Wir sollten nicht vergessen: Die Aufnahme von Flüchtlingen ist auch – und vor allem – eine Frage der Menschenrechte. Für viele unserer älteren Mitbürger ist der zweite Weltkrieg noch präsent, Ursache für einen der größten Flüchtlingsströme im 20. Jahrhundert. Auch diese Kriegsflüchtlinge haben Zuflucht gesucht und gefunden. Flüchtlinge aufzunehmen ist also auch eine Frage der Solidarität. Die heutige Situation ist zudem nicht ohne das Wissen um die innereuropäische Arbeitsmigration in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu verstehen, welche die wirtschaftliche Entwicklung erst möglich machte und

unser heutiges Verständnis von Gesellschaft in Europa nachhaltig prägte, so eine Feststellung von Bernd Kasperek in der APuZ von Oktober 2013.

„Entscheidend für die mittel- und langfristige Perspektive wird sein, ob sich die Industriestaaten ernsthaft und nachhaltig der Migrationsursachen annehmen werden.“, so ein anderer wissenschaftlicher Artikel – diesmal von Dr. Stefan Luft in der bereits zitierten APuZ. Dies ist ein Bereich, zu dem wir in der DG mit der betreffenden Zuständigkeit einen bescheidenen Beitrag leisten, vor allem aber für die Thematik sensibilisieren können.

Denn nahezu 90% der Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern. Das globale Flüchtlingsproblem ist also auch ein Armutsproblem. Das absurde daran: 80% dieser Flüchtlinge finden Aufnahme in Entwicklungsländern, wobei gerade häufig die ärmsten Länder die größte Last zu tragen haben. Diese Last können die armen Staaten ohne die Hilfe der westlichen Länder nicht bewältigen.

Dr. Luft stellt weiterhin fest: „Migration wird seit Ende der 1990er Jahre als Instrument für Wachstum und als Reaktion auf den demografischen Wandel und Engpässe auf dem Arbeitsmarkt betrachtet“. Denn das Privileg der Bildung schließt Migration nicht aus. Das wusste bereits Albert Einstein, wobei man zu seiner Zeit das Ganze verbal etwas hübscher verpackte. Er lebte dementsprechend „im Exil“, was nichts weiter bedeutet, als dass er im Grunde ein Flüchtling war. Wie bei Jane Austens „Stolz und Vorurteil“ gilt es also falsche Klischees zu bekämpfen und entsprechend zu sensibilisieren. Auch das ist Teil der Integrationspolitik.

Aber natürlich sind Ereignisse wie in der Sylvesternacht in Köln, die Rekordumsätze bei Pfeffer- und Reizgas und Selbstverteidigungskursen

provoziert haben, klischeeförderlich. Einige Beobachter sagen jetzt voraus, die Angriffe von Köln könnten die deutsche Gesellschaft insgesamt nach rechts rücken. Doch Pauschalverurteilungen sind fehl am Platze. So wie die wenigsten Politiker eine Profilneurose haben, so sind die wenigsten Moslems fundamentalistisch oder gar dschiha-distisch. Das weiß ich aus eigener Erfahrung, nachdem ich etwas weniger als ein Jahr in einem streng muslimischen Land gelebt und gearbeitet habe.

Werte Kolleginnen und Kollegen, lassen sie mich ein bisschen aus meiner Erfahrung berichten. Stellen Sie sich vor Sie sind in einem chinesischen Supermarkt in Malaysia, denn dieser ist der einzige, der europäische Produkte führt. Stellen Sie sich nun vor Sie essen seit Wochen zum Frühstück, zum Mittagessen, zum Abendessen Reis. Manchmal mit Curry – manchmal ohne. Nun stellen Sie sich vor Sie sind in besagtem Supermarkt und dort lacht Sie diese leckere italienische Salami an. Nun stellen Sie sich vor, Sie gehen zur Kasse, wo die muslimische Kassiererin, Ihr neues Leibgericht mit verachtender Inbrunst über den Scanner der Kasse schleudert, gerade so als hätten Sie eine tödliche Krankheit. Warum? Weil das Produkt nicht halal ist und Schweinefleisch beinhaltet. So können Lebensgewohnheiten anecken und Kulturen aufeinanderprallen.

Nun stellen Sie sich weiter vor, dass meine Firma in Malaysia Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet Myanmar aufnahm. Ungefähr 30 gut ausgebildete Männer, darunter viele Ingenieure, die ihre Familien explizit nicht mitbringen durften, wurden in meiner Firma als Maschinenputzer eingesetzt. In der Kantine saßen sie allein. Untergebracht waren sie separat. Sie durften nicht mit uns im Dorf leben. Diese Menschen waren eingeschüchtert durch die fehlende Willkommenskultur. Man nahm sie auf, weil sie billige Arbeitskräfte darstellten und Arbeiten übernahmen,

die sonst keiner machen wollte, und begegnete ihnen mit Vorbehalt und Skepsis ...

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich etwas zur Integrationspolitik in Malaysia gelernt habe, dann wie man mit Flüchtlingen nicht umgehen sollte. Wir jedenfalls wollen keine Zweiklassengesellschaft, wie ich sie in Malaysia erleben musste.

Ist man, wie auch die Menschen hier in der DG, in den Jahren nach den beiden Weltkriegen entwurzelt, hat man seine Identität verloren, ist die Integration in eine bestehende Gesellschaft umso schwieriger. Dafür bedarf es als Grundvoraussetzung der Vergangenheitsbewältigung. Herr Janothman, ein syrischer Flüchtling, äußerte sich in der Anhörung des Ausschusses ähnlich. Die Voraussetzungen in der Aufnahmegesellschaft müssen also integrationsförderlich sein. Allein durch den Faktor Sprache kann Integration jedenfalls nicht gelingen. Aus Gesprächen mit ehemaligen Flüchtlingen weiß ich: Oft scheitert es schon an dem so komplett anderen Konsumverhalten in unseren Breiten und dem Gang in den Supermarkt, der zudem unbekanntes Gemüse und Obst anbietet. Was soll man damit kochen? Spätestens seit dem Kosovo-Konflikt ist außerdem klar, dass es nicht nur gilt, die Menschen für ein Zusammenleben mit uns Belgiern zu sensibilisieren, sondern ebenfalls für ein Leben mit den Menschen, die in ihrem Heimatland auf der anderen Seite der Konfliktparteien standen.

„Flüchtlinge zieht es dorthin, wo sie Verwandte oder Freunde haben oder wo es bereits nationale, ethnische oder religiöse Communitys gibt, in denen sie Anschluss finden.“ Dieses Zitat stammt aus der Monde diplomatique von September 2015. Der Artikel plädiert weniger für ein Quotensystem als für eine generelle Freizügigkeit, da besser und humaner, vor allem in Punkto Integration in Wohnungs- und Arbeits-

markt, da die Flüchtlinge in diesem Fall auf eigene Netzwerke zurückgreifen können. Und auch in der Anhörung vom 13. Januar in diesem Hause wurde darauf hingewiesen, dass die Ängste umso größer sind je weniger soziale Kontakte bestehen.

Einen realitätsnahen, verbindlichen und flächendeckenden Integrationsparcours auf die Beine zu stellen ist also keine einfache Sache. 2018 hat sich die Regierung als Frist für die Ausarbeitung des Integrationsparcours und die Schaffung eines Integrationsdekretes gesetzt. Mit Sicherheit eine lange Zeit. Wenn das Endprodukt aber stimmt, dann sollten wir uns diese Zeit geben. Die Vorstellung der Arbeitsgruppe in der letzten Woche lässt jedenfalls auf ein gut durchdachtes Konzept hoffen, das den Einzelfall nicht außer Acht lässt. Zudem sollen kommunale Anlaufstellen vorgesehen werden, denn schließlich sind die Gemeinden und ÖSHZ wichtige Partner, was den Empfang der Flüchtlinge angeht. Die Willkommenskultur beginnt nämlich genau dort.

Bei der Erarbeitung des Integrationsparcours lohnt sich ein Blick nach Flandern. Die Flamen sind zwar nicht immer in jeder Hinsicht die integrationsfreundlichsten, lernen können wir aber Einiges von ihnen, denn immerhin verfügen sie bereits über 10 Jahre Erfahrung mit ihrem Integrationsparcours. Der flämische Integrationsparcours sieht nicht nur eine Orientierung in Fragen der belgischen Normen und sozialen Verhaltensweisen und einen Sprach-Grundkurs vor, sondern berücksichtigt ebenfalls die Karriereplanung ab dem Zeitpunkt der Arbeitserlaubnis nach 4 Monaten.

Großer Nachholbedarf besteht auf Ebene der Sensibilisierung unserer Arbeitgeber für die Beschäftigung von Flüchtlingen, teilte man uns im Ausschuss mit. Auch das muss ein solcher Integrationsparcours unbedingt berücksichtigen. Ebenso darf die Zielgruppe der Papierlosen und

allein ankommenden Minderjährigen nicht durchs Netz fallen. Auch diese Zielgruppen haben eine entsprechende Betreuung nötig. Wichtig ist meiner Fraktion vor allem die Einbindung der Betroffenen selbst. Denn wer weiß besser, was ein Flüchtling braucht als jemand, der einen ähnlichen Weg gegangen ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Meinung, Assimilation ist immer der falsche Weg. Wir stehen für ein Belgien und ein Europa der Vielfalt und das Prinzip der Menschlichkeit und Solidarität, so wie es in der christlichen Soziallehre definiert wurde. Erst recht im Zeitalter der internationalen Mobilität, in dem lebenslauftechnisch jeder Auslandsaufenthalt als Muss gewertet wird.

Meine Kollegin Liesa Scholzen wird nun näher auf die einzelnen Projekte eingehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Lydia Klinkenberg

ProDG-Fraktion